

NATIONALRAT
Sommersession 2023

Fragestunde vom 5. Juni 2023

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Justiz- und Polizeidepartement

23.7269 Pointet. Koordination im Fall des Attentats von Morges. Was wird unternommen, um das Problem anzugehen?

Mit der Verordnung über den Nationalen Terrorschuss regeln wir die Koordination von politischen Organen bei terroristischen Anschlägen von grosser Tragweite. Bei der Messerattacke von Morges wäre der nationale Ausschuss aber bestimmt nicht zum Einsatz gekommen. Es ist jedoch erwiesen, dass die Koordination des Kantons Waadt mit dem Bund auf allen Ebenen gescheitert ist.

Was wird unternommen, um die Koordination und die Kommunikation in einem Fall wie demjenigen von Morges zu verbessern?

23.7270 Glättli. Systeme mit generativer künstlicher Intelligenz reproduzieren Diskriminierungen: Braucht es ein Antidiskriminierungsgesetz zur Umsetzung von BV Artikel 8, Absatz 2?

Die Anwendung generativer Künstlicher Intelligenz (KI) schreitet rasant voran. KI-Systeme werden mit einer grossen Menge von Daten trainiert und reproduzieren darum offene und verdeckte Diskriminierungen. Wird die KI bei automatischen Entscheidungsfindungen oder als Assistenz für menschliche Entscheidungen eingesetzt, bewirkt dies entsprechend teils schwer nachzuweisende Diskriminierungen.

Braucht es vor diesem Hintergrund nicht ein Antidiskriminierungsgesetz zur Präzisierung von BV Artikel 8, Absatz 2?

23.7274 Wettstein. Junge Russinnen und Russen aktiv anwerben

Viele junge, gut gebildete Menschen in Russland wollen ihr Land verlassen. Sie sind oft in Fachbereichen ausgebildet, in denen bei uns die Fachkräfte fehlen. Sie sehen sich aber auch hohen Hürden gegenüber, wenn sie ein Ausreisevisum erhalten wollen. Klar ist: Der "Brain Drain" verstärkt die Wirkung der Sanktionen.

- Was unternimmt der Bundesrat, um diesen jungen Menschen zu ermöglichen, ihr Land zu verlassen?

- Was unternimmt er zielgruppenspezifisch für ihre berufliche Integration in der Schweiz?

23.7286 Buffat. Umsetzung des Ausländer- und Integrationsgesetz und des Status S

Am 17. Dezember 2021 hat das Parlament eine Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes verabschiedet, die es Schutzbedürftigen grundsätzlich untersagt, in ihren Heimat- oder Herkunftsstaat oder in einen anderen Staat zu reisen.

Wird der Bundesrat dieses Gesetz umsetzen oder das Parlament aufgrund der aktuellen Lage zumindest beiziehen, wenn über eine Verschiebung befunden werden soll?

23.7287 Buffat. Auslagerung von ausländischen Inhaftierten

- Hat der Bundesrat - am Beispiel von Dänemark - kürzlich die Frage der Auslagerung von gewissen Inhaftierten geprüft, insbesondere von ausländischen Straftäterinnen und Straftätern, die nach der Verbüßung ihrer Haftstrafe ausgeschafft werden müssen?
- Wenn nein: warum?
- Wenn ja: Was hat er festgestellt?

23.7295 Bregy. Containerdörfer für Asylsuchende (1/2)

Das Staatssekretariat für Migration SEM plant verschiedene Containerdörfer für Asylsuchende, u.a. in Bière (VD), Bure (JU) und Turtmann (VS). In Gemeinden mit 600 bis 1600 Einwohnern.

Nach welchen Kriterien wurden diese Standorte ausgewählt und warum konzentrieren sich diese hauptsächlich auf die Romandie und kleinere Gemeinden?

23.7296 Bregy. Turtmann (VS): Containerdorf für Asylsuchende (2/2)

Die Gemeinde Turtmann (VS) hat im Talgrund knapp 1000 Einwohner, neu sollen 500 Plätze für Asylsuchende geschaffen werden.

Welche Begleit-, Unterstützungs- und Finanzmassnahmen für die Einwohnergemeinde und die Bevölkerung von Turtmann sieht das Staatssekretariat für Migration SEM vor?

23.7346 Graber. Containerdorf in Turtmann VS - zulässig und verträglich?

Der Bund plant in der kleinen Ortschaft Turtmann (Gemeinde Turtmann-Unterems) im Oberwallis ein Containerdorf für mehrere hundert Asylsuchende. Der Ort Turtmann hat knapp 1000 Einwohner.

Wäre die Wohnnutzung aus rechtlicher Sicht überhaupt zonenkonform und ist diese hohe Anzahl an Asylsuchenden für eine derart kleine Gemeinde aus Sicht des Bundesrates verträglich?

23.7313 Friedl Claudia. Bedrohung durch Doxing

Spätestens seit ein Mitglied des Nationalrats wiederholt von sogenanntem Doxing - also dem veröffentlichen persönlicher Daten zur Einschüchterung von Privatpersonen - Gebrauch machte, ist die Problematik in der Gesellschaft angekommen. Es handelt sich dabei um ein Phänomen der digitalen Gewalt und keineswegs um eine Bagatelle.

Es stellt sich die Frage nach dem Umgang mit dieser Gewalt.

Gibt es Anstrengungen diesbezüglich die Gesetze zu verschärfen?

23.7326 Heimgartner. Wie gedenkt der Bundesrat die Unterbringung von Flüchtlingen auf Armeearealen zu organisieren ohne den Armeebetrieb zu beeinträchtigen?

Der Bundesrat will auf 4 Armeearealen Flüchtlinge unterbringen. Gleichzeitig wird erwartet, dass dies nicht ausreicht, um den erwarteten Flüchtlingsansturm aufzufangen. Die Offiziersgesellschaft fordert, dass die Armeee Angehörigen auf den Waffenplätzen bei Unterkunft und Verpflegung prioritär behandelt werden und keinen Kontakt zwischen Militär und Flüchtlingen entstehen werde.

Wie denkt der Bundesrat die Unterbringung der Flüchtlinge zu organisieren ohne den Armeebetrieb zu stören?

23.7331 Nicolet. Unterbringung von fast 14 000 Asylsuchenden im Kanton Waadt: Beweist das SEM bei der Zuweisung an die Kantone eine perfekte Verhältnismässigkeit?

Das Staatssekretariat für Migration hat beschlossen, zwischen 300 und 1000 Asylsuchende auf dem Areal der Armee in Bière unterzubringen. Der Kanton Waadt hat bereits 12 000 Asylsuchende aufgenommen, die ihm vom Bund zugewiesen wurden, und er verfügt über weitere vier Bundeszentren (Vallorbe, Moudon, Chamblon und Les Rochats) mit einer Kapazität von 890 Plätzen, zu denen noch 280 unbegleitete Minderjährige und 95 ukrainische Minderjährige hinzukommen. Beweist das SEM mit der Zuweisung von rund 14 000 Asylsuchenden an den Kanton Waadt eine perfekte Verhältnismässigkeit?

23.7338 Nicolet. Warum wendet das SEM gegenüber den Kantons- und Gemeindebehörden des Kantons Waadt derart rücksichtslose Methoden an?

Das SEM ist für die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten im Falle einer Migrationskrise zuständig. Nun wurde bekanntgegeben, dass auf dem Areal der Armee in Bière im Kanton Waadt zwischen 300 und 1000 Unterbringungsplätze geschaffen werden sollen.

Wir sind vom SEM mehr Koordination und Zusammenarbeit gewohnt; warum hat es in diesem Fall nicht die entsprechenden Schritte unternommen, um eine bessere Koordination mit der Gemeinde Bière und dem Kanton Waadt zu erreichen?

23.7355 Strupler. Unterbringung von Flüchtlingen in Militärunterkünften

Durch die hohen Flüchtlingszahlen werden vermehrt Asylbewerber in den Militärunterkünften untergebracht.

- Wie viele Flüchtlinge sind momentan in Armeeunterkünften untergebracht?
- Was für Kosten entstehen für das SEM, um die Militärunterkünfte den Bedürfnissen anzupassen?
- Was für Kosten fallen für das SEM an, um die Schäden nach der Belegung der Flüchtlinge wieder zu beheben?
- Wie viele Dienstleistende müssen wegen der Belegung durch Flüchtlinge in Zivilschutzanlagen untergebracht werden?

23.7357 Aeschi Thomas. «Strichli-Liste» von alt Nationalrat Toni Brunner, SVP-Parteipräsident 2008-2016. Anfrage Nummer 23 im zweiten Quartal 2023

Seit dem 7. März 2023 werden die effektiv vollzogen Landesverweise nach Annahme der Ausschaffungs-Initiative (09.060/20.025) am 28. November 2010 erfasst (17: 17.5098, 17.5305, 17.5431, 17.5563; 18: 18.5082, 18.5280, 18.5554, 18.1082; 19: 19.5122, 19.5303, 19.5471, 19.5563; 20: 20.5070; 21: 21.7203, 21.7395, 21.7806, 21.8042; 22: 22.7160, 22.7364, 22.7724; 23: 22.7878, 23.7043).

Sind es jährlich mindestens 4'000 Ausschaffungen, wie von den Durchsetzungsinitiative-Gegnern (13.091) behauptet?

23.7358 Aeschi Thomas. Nettozuwanderung seit Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit Schweiz-EU/EFTA am 1. Juni 2002

- Wie viele Personen sind seit Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit Schweiz-EU/EFTA am 1. Juni 2002 und dem 31. März 2023 netto in die Schweiz eingewandert?
- Wie viele Personen aus dem EU/EFTA-Raum, wie viele Personen aus sog. "Drittstaaten", wie viele Personen über den Asylbereich (inkl. Status S) und wie viele Personen über andere Wege (beispielsweise legalisierte illegale Einwanderer, sog. "Sans Papiers")?

23.7362 Aeschi Thomas. Visaliberalisierung für Staatsangehörige des Kosovo ab dem 1. Januar 2024

Ab 2024 können Bürger aus dem Kosovo für 90 Tage visumsfrei in den Schengen-Raum, zu dem auch die Schweiz gehört, einreisen.

- Welche Position hat die Schweiz in Brüssel in Bezug auf die Visaliberalisierung für Bürger des Kosovo vertreten?
- Ist der Bundesrat der Ansicht, dass Anfang Januar 2024 kein Risiko einer Migrationswelle in die Schweiz besteht?
- Wurden flankierende Massnahmen ergriffen, um eine Abwanderung aus dem Kosovo in die Schweiz zu verhindern?

23.7363 Aeschi Thomas. Änderung der Frist des Familiennachzugs durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) für vorläufig aufgenommene Ausländer

Laut Gesetz müssen vorläufig aufgenommene Ausländer mindestens 3 Jahre warten, bevor sie ihre Familie in die Schweiz holen können. Gemäss einem NZZ-Online Artikel vom 18. April 2023 hat der EGMR entschieden, dass die Frist auf 2 Jahre verkürzt werden muss.

- Kann der Bundesrat bestätigen, dass das SEM trotz anderslautender gesetzlicher Regelung bereits die Zweijahresfrist anwendet?
- Was wäre die Folge, falls das Parlament die Verkürzung der Frist von 3 auf 2 Jahre ablehnt?

23.7364 Aeschi Thomas. Anzahl der algerischen Staatsangehörigen in Verwaltungshaft in der Schweiz

Laut der Vorsteherin des EJPD hat sich die Situation im Bereich der Rückführungen mit Algerien verbessert (Quelle: maghrebactu.com vom 8. April 2023).

- Wie viele algerische Staatsangehörige befinden sich z.Z. in Administrativhaft?
- Wie lange bleiben algerische Staatsangehörige durchschnittlich in Administrativhaft?
- Wie viele Sonderflüge sind angesichts der verbesserten Zusammenarbeit mit Algerien geplant, und wie viele Staatsangehörige werden pro Sonderflug zurückgeführt?

23.7365 Aeschi Thomas. Rückführung von Dublin-Fällen nach Italien - warum Mai 2024?

Laut einer SDA-Mitteilung vom 20. Mai 2023 reist die EJPD-Vorsteherin heute nach Italien, um die Rückübernahme-Blockade zu diskutieren.

- Warum will die Vorsteherin des EJPD diese erst "bis vor Frühjahr 2024 beenden"?
- Warum soll Italien ein weiteres Jahr gegen das Dublin-Abkommen verstossen dürfen?
- 40 Fälle aus Italien wurden in die schweizerische Zuständigkeit überführt.
- Welche Nationalität haben diese und wie viele dieser Fälle bleiben in der Schweiz?

23.7366 Aeschi Thomas. Ausschaffungen mit Flugzeugen des Bundes

Der Bund hat für 13 Millionen Franken zwei Flugzeuge der Rega insbesondere für Ausschaffungsflüge gekauft. Gemäss der Schweiz am Wochenende vom 20. Mai 2023 fanden nur 21 Ausschaffungsflüge seit 2019 statt.

- Warum gibt es so wenige Rückführungen mit den Flugzeugen des Bundes?
- Wie hoch ist das Verhältnis von Rückführungen mit Flugzeugen des Bundes und privaten Fluggesellschaften seit dem Kauf dieser beiden Flugzeuge?
- In welche Länder führten diese 21 Ausschaffungsmissionen?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

23.7267 Flach. Wie ist es zu erklären, dass die Anzahl Bauten ausserhalb der Bauzone zwischen 2020 und 2023 um über 14 000 auf mehr als 618 000 und diejenigen der Wohnnutzung auf 202 000 (+9000) gestiegen sind?

Im Standbericht 2023 "Monitoring Bauen ausserhalb Bauzonen" zeigt sich im Vergleich zum letzten Bericht 2020 eine deutliche Zunahme der Bauten ausserhalb Bauzonen von 595 000 auf 618 000. Es lässt sich erkennen, dass die Ökonomiebauten stark zugenommen haben (+14 000), aber auch die Gebäude mit Wohnnutzungen auf 202 000 angestiegen sind (+9000). Die Siedlungsflächen für Gebäude mit Umschwung haben in der Vergleichsperiode gar um 500 ha zugenommen.
Wie erklärt sich der Bundesrat diese Zunahme?

23.7271 Imboden. Wie hoch ist der Kulturlandverlust durch eine durchgehend mindestens sechsspurige Autobahn N1?

Der Bundesrat will gemäss Motion 23.3346 die Autobahn A1 durchgehend auf mindestens sechs Spuren ausbauen.
Wie hoch ist der Landverbrauch für den geplanten Ausbau (gegenüber heute), wie viel m2 Kulturland geht dabei verloren (gegenüber heute) und wie hoch sind die Kosten für die Umsetzung der Motion?

23.7273 Imboden. Gefährdet der Verbleib im Energie Charter Treaty ECT die Beziehungen zur EU?

Gemäss Entwurf Lukas Mandel des Berichts Schweiz-EU vom 14. April 2023 ist die EU besorgt, dass die Schweiz den Vorstoss der EU zur Streichung der Schutzbestimmungen für fossile Brennstoffe aus dem Vertrag über die Energiecharta nicht unterstützt.
Erachtet der Bundesrat den Verbleib im ECT nicht als Gefahr für die Beziehungen zu EU und entsprechend würde ein Austritt nicht Klarheit schaffen?

23.7279 Berthoud. Neues Jagdgesetz: Wann wird die dazugehörige Verordnung veröffentlicht und wann tritt sie in Kraft?

Infolge der Verabschiedung des neuen Bundesgesetzes über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel stelle ich dem Bundesrat folgende Fragen:
- Wann wird die Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel veröffentlicht und wann tritt sie in Kraft?
- Werden ausserdem Leitlinien für die Kantone erstellt, damit sie ihre entsprechenden Einführungsgesetze ändern?

23.7322 Kamberlin. Dringend notwendige Regulierung der Wolfsbestände ab 2023

Es ist dringend notwendig, den Wolf noch in diesem Jahr zu regulieren, da der Druck auf die Viehzüchterinnen und -züchter aufgrund der unkontrollierbaren Zunahme von Wölfen und Rudeln untragbar geworden ist. Die Situation muss bis 2024 unbedingt bereinigt werden.
Hat der Bundesrat die Schritte unternommen, die es den Kantonen erlauben, ab dem 1. September 2023 die entsprechenden Regulierungsmassnahmen umzusetzen?

23.7336 Kamberlin. Wolfsbestände in der Schweiz

- Wie hoch ist gegenwärtig die geschätzte Zahl an Wölfen in der Schweiz?
- Wie hoch ist gegenwärtig die geschätzte Zahl der Wolfsrudel in der Schweiz?

23.7341 Regazzi. Nicht nachvollziehbare Verschiebung des Inkrafttretens der Revision des Jagdgesetzes: Gegen die unaufhaltsame Ausbreitung des Wolfes müssen sofort Massnahmen eingeleitet werden, um Landwirtinnen und Landwirte vor einer weiteren alptraumhaften Alpsaison zu bewahren

Die Ausbreitung des Wolfes lässt sich nicht mehr aufhalten, weshalb noch vor der Alpsaison 2023 Eindämmungsmassnahmen eingeleitet werden müssen.

Ich frage deshalb den Bundesrat:

1. Wieso wurde das Inkrafttreten der Änderung des Jagdgesetzes und der dazugehörigen Verordnung auf 2024 verschoben?
2. Ist er sich darüber bewusst, mit welchen enormen Schwierigkeiten viele Landwirtinnen und Landwirten zu kämpfen haben, wenn nicht sofort eingegriffen wird?
3. Ist er nicht der Ansicht, dass er sofort Massnahmen zur Eindämmung ergreifen sollte, indem er sich auf Dringlichkeitsrecht beruft?

23.7281 Grin. Sind Sportanlagen nicht auch der nachhaltigen Entwicklung und dem Energiesparen verpflichtet? Lichterlöschen nachts in der Stadt und Energieverschwendung im Stadion!!

Infolge des Aufstiegs von Yverdon-Sport in die Super League muss die Gemeinde die Stadionbeleuchtung für 1,5 Millionen Franken anpassen, da sie nicht den Anforderungen der League entspricht (installiert sind 400 Lux, verlangt werden 800 Lux).

- Wie wird diese Auflage begründet, wo die nachhaltige Entwicklung doch in aller Munde ist?
- Reichen mit den modernen Kameras 400 Lux nicht für die Fernsehübertragungen?
- Wäre es nicht an der Zeit, diese Anforderungen zu überarbeiten?

23.7282 Grin. Die Jurafusslinie wird von der SBB weiterhin stiefmütterlich behandelt

Gemäss dem neuen SBB-Fahrplan müssen die Reisenden, die auf der Jurafusslinie nach Genf Flughafen unterwegs sind, ab 2024 für mehr als 10 Jahre in Renens umsteigen.

- Wie viele der derzeit 15 täglichen Fahrten werden weiterhin direkt nach Genf Flughafen verkehren und zu welchen Zeiten?
- Ist diese Entscheidung definitiv oder steht sie noch zur Diskussion?
- Wäre es möglich, die derzeitige Situation beizubehalten, die kein Umsteigen in Renens erfordert und von der die nördliche Waadt profitiert?

23.7289 Feller. Kann ein Flugfeld ohne Betriebskonzession als Regionalflugplatz qualifiziert werden?

Die Flughäfen, die über eine Betriebskonzession verfügen, besitzen den Status eines Regionalflugplatzes (Artikel 36a des Luftfahrtgesetzes, LFG). Für den Betrieb aller anderen Flugplätze (Flugfelder) genügt eine Betriebsbewilligung (Artikel 36b LFG). Weshalb qualifiziert Anhang 2 der Verordnung über den Flugsicherheitsdienst den Flughafen St. Gallen-Altenrhein als "Regionalflugplatz", obwohl er in Wahrheit den Status eines "Flugfeldes" innehat?

23.7290 Feller. Gegenwärtige und künftige Unterstützung von Regionalflugplätzen durch den Bund

Gemäss Artikeln 37a und folgenden des Bundesgesetzes über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer und weiterer für den Strassen- und Luftverkehr zweckgebundener Mittel (MinVG), muss der zweckgebundene Reinertrag aus Steuern und Zuschlägen auf Flugtreibstoffe für Massnahmen in den Bereichen Umweltschutz, Abwehr widerrechtlicher Handlungen und technische Sicherheit verwendet werden.

1. Wäre es nach dem geltenden Recht möglich, dass der Flughafen Lausanne-La Blécherette einen Beitrag verlangen könnte, der über diesen Umweg finanziert wird?
2. Wird er es nach der Umsetzung von Motion 20.4412 immer noch können?

23.7305 Farinelli. Kontrollschilder von Schweizer Motorwagen und Motorrädern unterschiedlich ausgestalten

Die Kontrollschilder der Motorwagen und der Motorräder unterscheiden sich einzig durch ihr Format. Dies kann zu Problemen führen, etwa wenn mit einem Motorrad eine Widerhandlung begangen wird - vor allem wenn dies im Ausland passiert -, die Behörden die Sanktionen jedoch gegenüber der Halterin oder dem Halter des Motorwagens aussprechen.

- Hat der Bundesrat Kenntnis von dieser Problematik?
- Könnte man sie seiner Ansicht nach vermeiden, indem man auf die Kontrollschilder der Motorräder beispielsweise einen Buchstaben aufnimmt?

23.7306 Pasquier-Eichenberger. Gefahrguttransporte über den Simplon: Hat der Bundesrat zur freiwilligen Verpflichtung des Kantons und der Branche Stellung genommen?

Seit 2017 fordert der Bundesrat vom Kanton Wallis eine Lösung, um den Transport von Gefahrgütern über den Simplon deutlich zu reduzieren. Im Dezember antwortete er auf meine Frage 22.7953, dass er in der ersten Hälfte des Jahres 2023 entscheiden werde, ob ein Verbot für den Transport von Gefahrgütern über die Passstrasse angestrebt werden soll.

- Hat der Bundesrat einen Entscheid getroffen?
- Wenn ja, wurde er kommuniziert?
- Wenn nein, warum nicht?

23.7311 Molina. Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty: Wie positioniert sich die Schweiz?

Die "Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty"-Initiative ist ein von pazifischen Inselstaaten angestossenes globales Projekt, um den Ausstieg aus fossilen Energien international in einem Vertrag zu verhandeln.

- Wie steht der Bundesrat zur Initiative?
- Erwägt er, diese zu unterstützen?
- Könnte die Schweiz eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einnehmen, in dem sie die Initiative als erste Industrienation unterstützt?
- Wie schätzt der Bundesrat die Initiative im Vergleich zum Pariser Klimaabkommen ein?

23.7314 Friedl Claudia. Umgang mit KI: Zusammenarbeit auf internationaler Ebene für ethische Standards?

Die Etablierung von sogenannten künstlichen Intelligenzen (KI) birgt nebst Chancen auch massive gesellschaftliche Risiken.

- Sind dem Bundesrat diese Risiken schon detaillierter bekannt?
- Wie stellt er sicher, dass diese Technologie reguliert wird?
- Engagiert er sich auch auf internationaler Ebene für ethische Standards im Umgang mit KI?

23.7316 Meier Andreas. Kann der Bundesrat, schon vor seinem in Aussicht gestellten Erlassentwurf (nach Art. 37a GTG bis Mitte 2024), Optionen aufzeigen, die eine Verwendung der neuen Züchtungsverfahren schneller ermöglichen? Wie sollen Schweizer Unternehmen bezüglich Crispr/cas heute investieren?

Ein aktueller Bericht der SCNAT unterstreicht das Mehrwert-Potential neuer Züchtungsverfahren für die Schweiz. Restriktive Vorschriften verhindern aber ihren Einsatz bei uns, und der Bundesrat sieht gemäss seinem Bericht vom Februar 2023 kaum Spielraum für Erleichterungen im Rahmen der bestehenden Gesetze. Die Schweiz läuft Gefahr, dass sie eine Entwicklung verpasst, respektive ihre Führungsposition in der Lifesciences-Wissenschaft abgibt.

23.7319 Schneeberger. Technologiefreundliches Zulassungsverfahren des BAV - Innovationsverhinderung?

Erhalt und Ausbau der Bahnanlagen ist ein teures und aufwändiges Unterfangen. Jährlich investiert das BAV hohe Millionenbeträge. Eine innovative Firma hat mit UHFB ein Bauteil entwickelt, das Kosten senken kann, die Lebensdauer verlängert und die Energieeffizienz verbessert.

Dennoch braucht das BAV weit über ein Jahr für die Zulassung:

- Wie rechtfertigt der Bundesrat diese lange Frist?
- Betreibt das BAV mit extrem langen Fristen nicht Innovationsverhinderung?
- Wie können die Fristen verkürzt werden?

23.7323 Porchet. Welche Kompensationen sollen Städte, die von Änderungen des Fahrplans und der Bahninfrastruktur betroffen sind, erhalten?

18 Städte in der Westschweiz haben gegenüber dem neuen Fahrplan der Bahn für das Jahr 2025 ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht. Im Fall von Yverdon-les-Bains ist manchmal sogar die Förderung der Region betroffen. Die vom BAV auf einigen Baustellen verursachten massiven Verzögerungen, zum Beispiel in Lausanne, können für die Gemeinden schwerwiegende Konsequenzen haben, wobei diese gar keinen Verhandlungsspielraum haben.

Welche Kompensationen sind für die betroffenen Städte vorgesehen?

23.7339 Jauslin. Dürfen in der Schweiz tatsächlich Luftfahrzeuge gewerbsmässig eingesetzt werden, die über kein Lufttüchtigkeitszeugnis verfügen?

Die Antwort auf meine Frage 23.7228 ist nicht schlüssig.

Welcher Artikel in welcher nationalen Verordnung erlaubt denn nun konkret den gewerbsmässigen Einsatz von Luftfahrzeugen der Sonderkategorie?

Offenbar gilt die im europäischen Luftrecht (ORO.AOC.100) verankerte Vorschrift, dass generell nur Luftfahrzeuge mit einem international anerkannten Lufttüchtigkeitszeugnis gewerbsmässig eingesetzt werden dürfen, in der Schweiz trotz des bilateralen Luftverkehrsabkommens nicht.

Warum?

23.7349 Roduit. Soll die Zahl der Wolfsrudel in der Schweiz tatsächlich verdoppelt werden?

Im Rahmen der Umsetzung des neuen Jagdgesetzes (Regulierungsabschüsse) ist vorgesehen, dass die Zahl der Wolfsrudel in der Schweiz begrenzt wird. In gewissen Stellungnahmen wurde die Idee angesprochen, dass eine Mindestzahl von 20 Rudeln zu wahren sei.

1. Wer entscheidet über die entsprechende Zahl? Sind es die betroffenen Kantone?
2. Aufgrund welcher Datenlage und nach welchem Verteilschlüsse wird die Begrenzung festgelegt?

Finanzdepartement**23.7275 Wettstein. Katasterwerte tiefer als 70 Prozent des Verkehrswertes**

Das Bundesrecht schreibt vor, dass Vermögen zum Verkehrswert zu besteuern ist. Beim Katasterwert von Liegenschaften gibt es Spielraum, allerdings darf die Grenze von 70 Prozent des Verkehrswertes nicht unterschritten werden.

Wenn nun ein Kanton diese Grenze gleichwohl massiv unterschreitet:

- Welche Sanktionsmöglichkeiten hat der Bund?
- Wie lange kann er den unrechtmässigen Zustand tolerieren bzw. nach wie vielen Jahren muss der Bund korrigierend einschreiten?

23.7283 Estermann. Operiert die aus der Schweiz geschasste Gazprom Bank weiterhin in Luxembourg?

Am 10. Oktober 2022 verkündete Gazprom, dass sie entschieden hat "die Geschäftstätigkeit im Schweizer Finanzmarkt einzustellen". Dieser Entscheid sei in "enger Absprache mit der Finanzmarktaufsicht FINMA" erfolgt.

1. Stimmt es, dass die Gazprom Bank aktuell Finanzdienstleistungen in oder aus Luxembourg heraus anbietet?
2. Stimmt es, dass die FINMA die Gazprom Bank gedrängt hat, ihre Geschäftstätigkeiten in der Schweiz aufzugeben, obwohl Gazprom keine Schweizer Gesetze verletzte?

23.7291 Feller. Sicherheitsprüfung für die Führungskräfte der FINMA: Was der Bundesrat 2014 versprach, hat er nie gehalten!

In seiner Stellungnahme vom 21. Mai 2014 zur Motion 14.3031 kündigte der Bundesrat an, er werde die Verordnung über die Personensicherheitsprüfungen dahingehend anpassen, dass alle Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung der FINMA vor ihrer Ernennung einer Personensicherheitsprüfung zu unterziehen sind.

Am 18. Juni 2015 erklärte Bundesrätin Widmer-Schlumpf im Ständerat, diese Anpassung werde bis Ende 2015 umgesetzt. Doch eine solche Anpassung fand nie statt. Ist das akzeptabel?

23.7292 Zuberbühler. Fassadenbeleuchtung des Bundeshauses: Reine Symbolpolitik oder mehr als das?

Etliche Städte und Gemeinden versuchen Strom zu sparen, indem sie Gebäude nicht beleuchten oder gar die Strassenbeleuchtung abstellen. Auf Anweisung des Bundes wird gar auf die Fassadenbeleuchtung des Bundeshauses verzichtet. Das Bundeshaus ist das Zentrum der Schweizer Demokratie und wohl das repräsentativste Gebäude der Schweiz.

- Ist der Bund bereit, die Fassaden- und Innenbeleuchtung umgehend wieder einzuschalten?
- Und wie viel Strom und Geld wurde durch das Ausschalten bis jetzt gespart?

23.7310 Guggisberg. Verantwortliche des CS-Debakels müssen zur Rechenschaft gezogen werden

- Was tut der Bundesrat konkret, um die Verwaltungsräte und Verwaltungsrätinnen, die den Untergang der Credit Suisse zu verantworten haben, ausfindig zu machen und schnellstmöglich zur Rechenschaft zu ziehen?

- Welche rechtlichen Möglichkeiten hat der Bundesrat und wie gedenkt er diese einzusetzen?

23.7342 Wermuth. Handelt die SNB mit Blick auf die Mieten im "Gesamtinteresse des Landes"?

Expert:innen gehen von einer weiteren Anhebung des Leitzinses durch die SNB Ende Juni aus. Das hätte zusätzlich eine treibende Wirkung auf die Mieten.

- Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass die SNB diesen Umstand im Lichte des "Gesamtinteresse des Landes" (Art. 99 Abs. 2 BV) berücksichtigen muss?
- Ist der Bundesrat dazu mit der SNB im Gespräch?

23.7360 Aeschi Thomas. Aktualisierte Zinslast für die Schulden der Eidgenossenschaft

Wie viele Franken prognostiziert der Bundesrat, dass er im Jahr 2023 für die Zinslasten der Eidgenossenschaft aufwenden muss?

23.7361 Aeschi Thomas. Ausserordentliche Verbuchung von Ausgaben der Eidgenossenschaft

Ab wann muss der Bundesrat vom Parlament eine Bewilligung für die ausserordentliche Verbuchung von Ausgaben - wie zum Beispiel die Ausgaben für die Bewältigung der Pandemie oder Ausgaben als Folge des Krieges in der Ukraine - einholen?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

23.7278 Heimgartner. Soll die Schweiz nun doch am Panzer-Ringtausch für die Ukraine teilnehmen?

Der Bundesrat erklärte, den Rückverkauf von 25 Panzer als neutralitätsrechtlich unbedenklich; man nehme dadurch nicht am Panzer-Ringtausch für die Ukraine teil. Blick berichtet am 25. Mai, dass eine Sprecherin des deutschen Verteidigungsministeriums erklärte, dass diese Panzer nach der Modernisierung im Rahmen des Ringtausches eingesetzt werden können.

Wie kann man neutral sein, wenn man als neutrales Land anderen die Waffen ersetzt, welche diese einseitig an Kriegsparteien geschickt haben?

23.7284 Zuberbühler. Beginn der Sommer-Rekrutenschule auf den Berufslehraabschluss abstimmen: Die Verschiebung auf Kalenderwoche 27 kann nicht die abschliessende Lösung sein!

Mit der Umsetzung der WEA wurde der Beginn der Sommer-Rekrutenschule vorverschoben. Weil der Termin für den Beginn der Sommer-RS nicht auf die Bedürfnisse der Berufsbildung abgestimmt wurde, war der Bundesrat im Nachgang bereit, den Start der Sommer-RS auf Kalenderwoche 27 zu verschieben. Gemäss mündlicher Zusage (im Rahmen der Herbstsession 2019) ist der Bundesrat bereit, Beginn und Ende usw. der Sommer-RS nochmals anzuschauen.

Bis wann wird er dies tun und wie erstattet er Bericht?

23.7297 Riniker. Ausserdienststellung Waffensysteme - Rückkaufoptionen zur indirekten Unterstützung der Ukraine

Die Schweiz wird in den nächsten Jahren viele ausländische Waffensysteme ausser Dienst stellen: 248 Schützenpanzer M113 und über 100 Artilleriekanonen vom Typ M109 (vgl. NZZ Magazin vom 11. März 2023). Beide Systeme sind amerikanischer Herkunft und sind aktuell in der Ukraine im Einsatz.

1. Wird der Bundesrat aktiv bei den USA nachfragen, ob ein Interesse besteht, die Waffensysteme zurückzukaufen?
2. Welche Auflagen wären mit einer solchen Rückkaufvereinbarung verbunden?

23.7298 Riniker. Weitere Verwendung Abwehrraketen (Typ Rapier)

Armasuisse-Sprecher Kaj-Gunnar Sievert sagte gegenüber Sonntagsblick am 28. Mai 2023 aus, dass Grossbritannien "informell mit dem VBS Kontakt aufgenommen" und sich nach dem Stand ausgemusterter Flugabwehrsysteme erkundigt habe (Typ Rapier).

1. Weshalb wurde die Option eines Rückkaufs nicht schon vor Beginn der Verschrottung geprüft?
 2. Was geschieht nun mit den verbleibenden Abwehrraketen?
- Wird die Verschrottung fortgesetzt oder gibt es andere Optionen zur indirekten Unterstützung der Ukraine?

23.7299 Zuberbühler. Wieso kommt der Bundesrat zum Schluss, dass 25 Leo-Kampfpanzer ausser Dienst gestellt werden können, obwohl - im Nachgang zum brutalen Ukraine-Krieg! - keine aktuelle Verteidigungsstrategie vorliegt?

Das Postulat 23.3000 beauftragt den Bundesrat, so rasch wie möglich in einem Bericht darzulegen, wie die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz angesichts der Rückkehr von bewaffneten Konflikten wie dem Ukraine-Krieg gestärkt werden kann. Obwohl es noch nicht beantwortet wurde, beantragt der Bundesrat die Ausserdienststellung von 25 Leopard 2 Panzern.

Weshalb kommt der Bundesrat bereits heute zum Schluss, dass 25 solcher Top-Kampfpanzer ausser Dienst gestellt werden können?

23.7318 Atici. Schutzsuchende schützen und Einschüchterungen durch autoritäre Regierungen entgegentreten

Der Bundesrat weist in seinem Bericht zur Bedrohungslage vom 12. Mai 2023 darauf hin, dass "autoritäre Regierungen [...] geflüchtete Staatsangehörige überwachen", um diese "einzuschüchtern oder Aktionen durchzuführen, die bis hin zur gezielten Tötung reichen" und so "in einer Flüchtlingsgemeinschaft Furcht auszulösen".

- Welche Gemeinschaften sind besonders gefährdet?
- Welche Massnahmen ergreift er im Inland und aussenpolitisch, um die Sicherheit aller Schutzsuchende zu gewährleisten?

23.7351 Crottaz. Förderung von Rassismus bei Armeeübungen?

Am 5. Mai 2023 brachte das Téléjournal von RTS um 19.30 eine Reportage über eine Übung der Armee mit 4000 Armeeangehörigen. Das Ziel: sich bei einem bewaffneten Angriff verteidigen zu können. Im Beitrag sieht man Armeeangehörige mit scharfer Munition auf Kartonziele schießen. Eine kurze Sequenz zeigt das Ziel: Es handelt sich klar um einen Mann mit maghrebinischem Profil. Die aktuellen Geschehnisse zeigen, dass der Kampf gegen Rassismus nötig ist und im Alltag geleistet werden muss. Wie rechtfertigt das VBS den Einsatz solcher stereotypen Bilder?

23.7353 Roth Franziska. Der Bayerische Landtag setzt eine Untersuchungskommission zur Maskenaffäre ein, in der Schweiz dümpeln die Verfahren vor sich hin

In der Antwort auf meine Frage 21.7322 hatte der Bundesrat festgehalten: "Anfällige Ansprüche aus den bisherigen Maskenlieferungen werden durch Ziffer 4 der Vereinbarung [vom 8. März 2021 zum Austausch] nicht ausgeschlossen."

- Laufen weitere Vergleichsverhandlungen mit EMIX?
- Hat das VBS auf zivil- oder strafrechtlichem Weg Ansprüche gegen EMIX geltend gemacht oder Strafanzeigen erstattet?
- Unterstützt das VBS die noch laufenden Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Zürich?

23.7354 Strupler. Anreize für aktiven Unterhalt der Zivilschutzanlagen

In der Schweiz stehen in verschiedenen Gemeinden zahlreiche Zivilschutzanlagen. Durch die tiefe Nutzungsquote fallen für die Gemeinden auch tiefe Entschädigungen an, was den Anreiz zur guten Instandhaltung nicht fördert und deshalb viele nicht in einem guten Zustand sind.

- Was für Förderungen/Massnahmen wären möglich, um mehr Anreize zu schaffen, damit die Anlagen besser unterhalten werden?
- Wie könnte sich der Bund an den Kosten, trotz tiefer Belegungsquote, besser und fairer beteiligen?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**23.7272 Imboden. Myanmar: Schweiz soll sich im UNO-Sicherheitsrat für Aufnahme von Flugzeugtreibstoff auf Gütersanktionsliste einsetzen**

Ist der Bundesrat bereit sich im Rahmen seines Einsitzes in den UNO-Sicherheitsrat 2023/2024 dafür einzusetzen, dass Flugzeugtreibstoff auf die Gütersanktionsliste aufgenommen wird?

Zwar hat die Schweiz nach dem Militärputsch vom 1. Februar 2021 die Sanktionen gegen Myanmar übernommen, davon sind aber der Verkauf und die Lieferung von Treibstoffen für den Luftverkehr an die Junta ausgeschlossen, obwohl dieser zur Bombardierung der Zivilbevölkerung eingesetzt wird.

23.7280 Haab. Auffüllen der Pflichtlager mit pflanzlichem Öl, wie will der Bund dies bewerkstelligen?

Für die Erweiterung der Pflichtlager um 9000t pflanzliches Öl, werden ca. 9000 ha LN benötigt.

- Wie wird ein geregelter Flächenausbau der Ölsaaten gewährleistet?
- Wir befinden uns innerhalb der Landwirtschaft auf dem Absenkpfad PSM, wie werden in Zukunft Erträge abgesichert?
- Gibt es Bestrebungen, die inländische Produktionsmengen durch agrarpolitische Massnahmen abzusichern?
- Ohne Saatgut ist kein Anbau möglich, woher soll das Saatgut in einer Mangellage kommen?

23.7302 Binder. Wann unterbindet der Bundesrat endlich die Propaganda- und Desinformation russischer Sender in der Schweiz im Interesse der allgemeinen Sicherheit?

Die EU hat 2022 die Verbreitung russischer Staatsmedien unterbunden, einschliesslich Kabel, Satellit, Webseiten oder Apps. Kriegspropaganda und Desinformation des russischen Aggressors bilde einen Missbrauch der Redefreiheit und tangiere die Sicherheit. Zwar teilt der Bundesrat die Beurteilung dieser Medien, lässt sie jedoch trotzdem ungehemmt zu.

Ist der Bundesrat bereit, für die Schweiz als Teil der gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen in Europa eine Neubeurteilung vorzunehmen?

23.7304 Walliser. Sind die Panzerrückverkäufe konsequent?

Der Bundesrat beschloss 25 Panzer an den Hersteller zurück zu verkaufen, damit dieser über die weitere Verwendung entscheiden kann.

- Heisst das der Bundesrat würde nicht weiter intervenieren, wenn diese Panzer an Tochterfirmen in Saudi-Arabien oder der Türkei weiterverkauft würden und von dort aus z.B. im Jemen-Krieg oder gegen kurdische Rebellen eingesetzt werden oder gibt es hier eine einseitige Ukraine-Ausnahme nur für Ringtausch-Teilnehmerstaaten?
- Wäre dies mit der Neutralität vereinbar?

23.7312 Molina. Sudan: Kriegsfinanzierung durch Schweizer Goldgewinne?

Seit Mitte April herrschen im Sudan schwere Kämpfe. In diesem Zusammenhang berichteten Schweizer Medien über Gold, welches aus dem Sudan über Dubai in die Schweiz gelangt.

- Wie engagiert sich die Schweiz, um den Frieden im Sudan wiederherzustellen?
- In welchem Ausmass gelangt Gold aus dem Sudan in die Schweiz?
- Profitiert davon Russland?
- Welche Massnahmen zieht der Bundesrat in Betracht, um die Finanzierung von Konflikten über Goldgewinne zu stoppen?

23.7315 Glanzmann. Erschwert das SECO die Minenräumarbeiten in der Ukraine?

30 Prozent der Ukraine ist mit Kampfmitteln verseucht. Deren Räumung stellt eine Herkulesaufgabe dar. Hierzulande gibt es spezialisierte Firmen, die Minenräumgeräte produzieren, die sich für diese Aufgabe bestens eignen. Das SECO scheint aber alles daran zu setzen, damit der Export dieser Fahrzeuge mit hohen bürokratischen Hürden verbunden ist.

Warum wirft das SECO der Privatwirtschaft hier Stöcke zwischen die Beine, obwohl diese Minenräumgeräte der ukrainischen Bevölkerung zugutekommen würden?

23.7320 Marti Samira. Kaufkraft-Schock aufgrund des steigenden Referenzzinssatzes

Viele Mietzinse drohen aufgrund des steigenden Referenzzinssatzes auf 1,5 Prozent per 1. Juni 2023 drastisch anzusteigen. Bereits heute geben Haushalte mit tiefen Einkommen über einen Viertel ihres Bruttoeinkommens alleine für die Wohnkosten aus. Was tut der Bundesrat, um diesen Kaufkraft-Schock abzufedern?

23.7332 Schneider Schüttel. Überdurchschnittliche Teuerung - was tut der Bundesrat, um die Menschen zu entlasten?

Es ist davon auszugehen, dass neben der allgemeinen Teuerung auch die Krankenkassenprämien und die Mieten für viele Menschen dieses Jahr überdurchschnittlich steigen werden.

- Was tut der Bundesrat?
- Lässt er die Menschen alleine?

23.7335 Bendahan. Wie können der Mittelstand und die Haushalte mit geringem Einkommen vor steigenden Kosten und Zinsen geschützt werden?

- Was plant der Bundesrat, um den Mittelstand und die Haushalte mit geringem Einkommen vor den schwerwiegenden Folgen des starken Anstiegs der Zinssätze und der Wohnkosten zu schützen?
- Sieht er eine Lösung vor, mit der Eigentümerinnen und Eigentümer, die in der Vergangenheit überhöhte Mieten verlangt haben, in die Pflicht genommen werden?

23.7337 Dandrès. Steigende Mieten. Es besteht dringender Handlungsbedarf!

Fachleute gehen davon aus, dass der Referenzzinssatz bis Ende nächsten Jahres zwei- oder dreimal erhöht werden könnte. Viele Mieterinnen und Mieter werden dann die Mieten für ihre Wohnungen nicht mehr bezahlen können.

Was unternimmt der Bundesrat, um dies zu verhindern und um die Mieterinnen und Mieter zu schützen?

23.7325 Klopfenstein Broggini. Moderne Agroforstwirtschaft: Welche zusätzlichen Daten benötigt die Schweiz?

Der Bundesrat ist der Ansicht, dass vor der Prüfung einer Förderung der modernen Agroforstwirtschaft zwingend die Auswertungen des Projekts Agro4estrie abzuwarten sind. Diese werden 2028 zur Verfügung stehen. Frankreich initiierte 2021 ein Programm zur Förderung der Agroforstwirtschaft und sprach für dieses 50 Millionen Euro sowie wirtschaftliche und technische Unterstützung.

- Welche anderen europäischen Länder haben in welcher Form Massnahmen zur Förderung der modernen Agroforstwirtschaft ergriffen?
- Warum reichen deren Erfahrungen und Informationen für die Schweiz nicht aus?

23.7333 Dandrès. Sanktionen gegen Putins Regime: Welches Ausmass hat das "Ring fencing"?

Im März 2023 sagte Bundesrat Parmelin während der Debatte über die Motion 22.4279 zur Schliessung von Schlupflöchern zur Umgehung der Sanktionen gegen das russische Regime, dass die Ring-fencing-Praxis "wenn nötig" eingesetzt wurde und dass er die Details an den Bundesrat weiterleiten werde. Die Frage ist angesichts der Reaktion der G7 aktuell.

- Wie viele solcher Fälle gibt es?
- Wer wird dadurch begünstigt?
- Weshalb hat der Bundesrat in jedem einzelnen Fall beschlossen, dass von den Sanktionen abzuweichen ist?

23.7334 Molina. Tatenlosigkeit des Bundesrats gegen illegal hohe Mieten

Erwiesenermassen werden in der Schweiz oft missbräuchliche Mieten verlangt, die über dem gesetzlich Zulässigen liegen. Durch die drohende Erhöhung des Referenzzinssatzes dürfte sich dieser Missstand kurzfristig noch vergrössern.

Was tut der Bundesrat, um in der aktuellen Situation die gesetzmässige Überprüfung der Mieten durch die Mietenden zu erleichtern?

23.7344 Dandrès. Auswirkung der Erhöhung des Referenzzinssatzes auf die Mieten: Wird der Bundesrat handeln?

Die Erhöhung des Referenzzinssatzes und die Inflation sind zwei Kriterien für eine Mietzinserhöhung. Die Auswirkung eines höheren Referenzzinssatzes auf die Mieten beruht auf einer politischen Entscheidung des Bundesrates. Die Berechnungsgrundlage in Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG) ist vermietetfreundlich und trägt dem Umstand, dass bereits heute sehr viele Mieten so hoch sind, dass sie untragbar zu werden drohen, nicht genügend Rechnung.

Gedenkt der Bundesrat, Artikel 13 Absatz 1 VMWG anzupassen?

23.7347 Graber. Ist die ETH politisch unabhängig oder betreibt sie Klimapropaganda?

Im sogenannten "Zukunftsblog" der ETH Zürich, welcher auf der Einstiegs-Website des Instituts zu finden ist, finden sich regelmässig politisch einseitig gefärbte Artikel. Insbesondere Befürworter des Klimaschutzgesetzes, über welches am 18. Juni 2023 abgestimmt wird, kommen hier zu Wort, während anderen Meinungen von Mitarbeitern der ETH kein Raum gegeben wird. Ein weiteres Beispiel für das politisch voreingenommene Wirken der ETH ist das Interview von Prof. Didier Sornette in der NZZ vom 7. Juli 2022 ("Risikoforscher hält Schweizer Energiewende für Wunschdenken"). Dieses wurde von der ETH nirgends beworben, während der unfundierte Gegenschlag der anderen politischen Seite sowohl auf der Website der ETH wie auch auf Social Media beworben wurde. Zudem scheint die ETH nicht einzuschreiten, wenn Professoren die Arbeit ihrer Kollegen öffentlich zu diskreditieren versuchen. So hat Prof. Reto Knutti am 8. Mai 2023 ein Interview von Prof. Andreas Züttel in der SonntagsZeitung auf der Plattform Twitter als "extrem problematisch" bezeichnet. Seine haarsträubende Begründung im Wortlaut: "Die Grenze zwischen unterschiedlichen plausiblen Interpretationen und Schwachsinn ist fließend."

- Wie steht der Bundesrat zu dieser politischen Einseitigkeit und sieht er eine Gefährdung der Reputation der ETH?

- Kann diese Voreingenommenheit Auswirkungen auf den Fortschritt der Forschung haben?

Departement des Innern**23.7268 Pointet. Ist der Bundesrat nun bereit, die TBDV zu ändern?**

In seiner Antwort auf meine Interpellation 21.4101 erachtete der Bundesrat es nicht als notwendig, die Verordnung des EDI über Trinkwasser sowie Wasser in öffentlich zugänglichen Bädern und Duschanlagen (TBDV) zu ändern, um den Betreibern von Schwimmbädern die Möglichkeit zu geben, Brauchwasser für die Erneuerung des Wassers zu verwenden. Eine Verbesserung der Situation ist nicht in Sicht, und die Toskana plant, die Verwendung von Trinkwasser für Schwimmbäder ganz zu verbieten. Ist der Bundesrat bereit, auf seine Einschätzung zurückzukommen und die TBDV zu ändern?

23.7276 Glarner. Verursachte Belastung der Sozialwerke durch Ukrainer

Wie viele Ukrainer (mit Status-S sowie übrige Ukrainer) beziehen Gelder aus der AHV und/oder Ergänzungsleistungen und wie hoch werden die geschätzten Aufwendungen für das Jahr 2024, bei nicht ändernder Anzahl ukrainischer Bezüger und Bezügerinnen, sein?

23.7277 Glarner. Sind AHV-Zahlungen an Flüchtlinge international aufgezwungene Verpflichtungen?

Jede Person ist in der Schweiz berechtigt, eine AHV-Rente zu beziehen solange diese Person während eines vollen Jahres Beiträge geleistet hat (AHVG, Art. 29 Abs. 1). Gibt es internationale Verpflichtungen, welche die Schweiz zwingen, dieses Prinzip auch für ausländische Personen (z.B. Flüchtlinge) umzusetzen und falls ja, welche?

23.7285 Lohr. Selbstbestimmtes Wohnen - Wieso fehlen Massnahmen?

Der Bundesrat hat im März 2023 eine Vernehmlassungsvorlage zur Behindertenpolitik bis Ende 2023 angekündigt. Dabei sind beim Thema Wohnen keine verbindlichen Massnahmen in Aussicht gestellt worden. Dies obwohl das selbstbestimmte Wohnen ein Hauptanliegen von Menschen mit Behinderungen und der Uno-Behindertenrechtskonvention darstellt.

- Warum besteht hier eine Lücke?
- Ist der Bundesrat auch der Ansicht, dass das Thema prioritär und mit verbindlichen Massnahmen angegangen werden muss?

23.7288 Feller. An Kinder gerichtete Lebensmittelwerbung: Hat das Parlament zur Beschränkung etwas zu sagen?

Laut der Sonntagszeitung vom 5. März 2023 will das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) die an Kinder gerichtete Werbung für süsse, fettige und salzige Lebensmittel strenger regeln. Das Amt hat bereits einen entsprechenden Bericht in Auftrag gegeben.

- Werden die Ergebnisse des Berichts des BLV veröffentlicht?
- Wenn ja, wann?
- Wird die geplante Regelung in Form eines Bundesgesetzes erfolgen?

23.7294 Roth Franziska. Ohne Tätigkeitsbericht des EBGB weniger Fortschritt in der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention?

Das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen EBGB hat für das Jahr 2022 keinen Tätigkeitsbericht verfasst.

- Welches sind die Gründe?
- Wie viel wurde 2022 ausbezahlt von den zur Verfügung stehenden 2 Millionen Franken?
- Wofür wurde das Geld verwendet?
- Soll auch im Jahr 2023 kein Tätigkeitsbericht veröffentlicht werden?

23.7300 Addor. Vom Bund finanzierte Lesungen einer Drag Queen für Kinder

Bibliomedia ist eine öffentlich-rechtliche Stiftung, die sich im Auftrag des Bundes für die Leseförderung einsetzt. Im Rahmen ihrer Leseveranstaltungen für Schulen bietet die Stiftung Lesungen für Kinder an, die von einer Dragqueen durchgeführt werden.

- Ist der Bundesrat der Ansicht, dass diese Lesungen, die derzeit eine Welle der Empörung auslösen, mit dem Auftrag der Stiftung vereinbar sind?
- Wenn ja, inwiefern?

23.7301 Addor. Bibliomedia missbraucht öffentliche Gelder

Auf ihrer Website betont die Stiftung Bibliomedia, sie werde "massgeblich vom Bundesamt für Kultur unterstützt".

- Mit welchen Massnahmen könnte der Bundesrat korrigierend eingreifen, falls er den Eindruck hat, dass die Stiftung ihre Mittel nicht auftragsgemäss verwendet?
- Könnte er die Finanzierung der Stiftung kürzen oder sie von der Einstellung bestimmter Aktivitäten ohne klaren Zusammenhang mit der Leseförderung abhängig machen?

23.7303 Wyss. Teilbezug für Selbstständige zur Verhinderung von Altersarmut

Für die Selbstständigkeit können Vorsorgegelder bezogen werden. Doch viele Firmengründungen gehen wider Erwarten in Konkurs. Allein im Jahre 2019 wurden 220 Millionen Franken von Freizügigkeitskonten bezogen. Ist das Altersguthaben bereits auf ein Freizügigkeitskonto überwiesen worden, kann - anders als beim Vorbezug für die Wohneigentumsförderung - nur das gesamte Altersguthaben bezogen werden, auch wenn ein kleinerer Betrag ausreichen würde.

Würde ein Teilbezug nicht dem Vorsorgeschutz dienen?

23.7307 Buffat. Spitalfinanzierung: Ist die Einführungsphase abgeschlossen?

Bei der Finanzierung von stationären Leistungen verlängern einige Spitäler die Einführungsphase auf unbestimmte Zeit, indem sie sich immer wieder auf "besondere Situationen" oder "aussergewöhnliche Umstände" berufen.

Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass 10 Jahre nach Inkrafttreten der neuen Spitalfinanzierung die Einführungsphase nun langsam abgeschlossen sein sollte?

23.7308 Buffat. Unser Gesundheitssystem: Ist es wirklich das beste oder nur das teuerste?

Schlecht sterilisierte Instrumente, lebensrettende Geräte, deren Wartung vernachlässigt wird, ein insgesamt ungenügendes Qualitätsmanagement in unseren Spitälern und viel zu viele unnötige Operationen:

- Denkt der Bundesrat wirklich, dass unsere Bevölkerung, die die zweithöchsten Gesundheitskosten der Welt bezahlt, vom "besten Gesundheitssystem" profitiert?
- Oder muss er zugeben, dass diese Meinung auf subjektiver Wahrnehmung beruht und nicht mit Beweisen belegt ist?

23.7309 Buffat. Mögliche Genehmigung des Arzttarifes TARDOC: in voller Kenntnis der Sachlage?

Zahlreiche Sachverständige befürchten, dass der Bundesrat dem hohen Druck gewisser Kreise nachgeben und letzten Endes den neuen Arzttarif TARDOC genehmigen wird, ohne dass die Kostenneutralität gewährleistet ist und die zahlreichen Mängel im erarbeiteten Tarifsysteem beseitigt wurden.

Wie will sich der Bundesrat dem Druck bestimmter Kreise, die Einzelinteressen vertreten, widersetzen, um den Arzttarif TARDOC nur dann zu genehmigen, wenn die dynamische Kostenneutralität nachgewiesen und garantiert ist?

23.7321 Lohr. Tabellenlöhne: Hat der Bundesrat die BASS-Ergebnisse richtig gelesen?

Teilt der Bundesrat die Ansicht, dass das Büro BASS in seinem zusammenfassenden Diskussionspapier vom 7. November 2022 (S. 2) aufgrund seiner empirischen Analyse zum Schluss kommt, dass die Tabellenlöhne pauschal um 17 Prozent gesenkt und zusätzlich noch individuelle Abzüge berücksichtigt werden müssen, damit ein Invalideneinkommen resultiert, das tatsächlichen Löhnen von IV-TeilrentnerInnen entspricht?

23.7324 Porchet. Wie lässt sich die Zunahme geheimer Preismodelle für Medikamente erklären?

Gemäss einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (A 3649/2014) ist die Festlegung von Medikamentenpreisen kein Geschäftsgeheimnis. Der EDÖB spricht sich ebenfalls für die Offenlegung von Informationen über Preismodelle aus. Im Herbst 2022 bekräftigte das Parlament die Bedeutung des Öffentlichkeitsprinzips (pa. Iv. 16.432).

Wie erklärt der Bundesrat, dass das BAG trotz fehlender gesetzlicher Grundlage (Botschaft des Bundesrates vom 7. Sept. 2022) bereits Geheimrabatte eingeführt hat und diese zwischen 2019 und 2023 sogar stark ausgebaut hat?

23.7345 Lohr. Wieso drückt das BSV beide Augen zu und schliesst weiterhin Verträge mit der PMEDA ab?

Das BSV hat im Mai allein in der Deutschschweiz mit 22 Gutachterstellen einen Vertrag für die Erstellung von polydisziplinären Gutachten abgeschlossen. Darunter ist auch die PMEDA, deren Ärzte im Zusammenhang mit ihren Begutachtungen in Strafverfahren verwickelt sind.

- Ist dies bei den anderen 21 Gutachterstellen der Deutschschweiz auch der Fall?
- Wieso drückt das BSV bei der PMEDA beide Augen zu und beliefert sie weiterhin mit lukrativen Gutachteraufträgen?

23.7348 Weichelt. Rolle von Adipositas in der NCD-Strategie

Adipositas wird in der Strategie 2017-2024 nur als Risikofaktor von NCDs geführt, anstatt als eigenständige Krankheit. Die fehlende politische Priorisierung führt dazu, dass nicht genügend gezielte Massnahmen zur Verhinderung und Reduzierung von Adipositas umgesetzt werden.

- Weshalb wurde Adipositas nicht als eigenständige Krankheit in die aktuelle NCD-Strategie aufgenommen?
- Plant der Bundesrat im Rahmen der laufenden Überarbeitung der Strategie eine Änderung?
- Wenn ja, wann und wenn nein, warum nicht?

23.7350 Herzog Verena. Nach dem peinlichen Fehlen von Pflichtlagern für Schutzmasken vor drei Jahren existieren diese noch immer nicht!

- Warum wird keine Zusammenarbeit mit verantwortungsvollen Schweizer Maskenherstellern aufgenommen, um einen Grundanteil an unabhängiger "Selbstversorgung" sicher zu stellen?
- Warum lässt man erworbenes Know-how heimischer Maskenherstellung wieder sorglos sterben?
- Weshalb delegiert der Bundesrat seine Verantwortung ausschliesslich den Bürgern, obwohl der Nutzen bei gealterten Masken nicht gewährleistet ist, hingegen bei geprüften Masken mit Ablaufdatum längst wissenschaftlich nachgewiesen ist?

23.7359 Aeschi Thomas. Ausländerinnen und Ausländer in den Schweizer Krankenkassen

- Wie viele Ausländerinnen und Ausländer sind bei den Schweizer Krankenkassen versichert?
- Wie viele davon aus dem EU/EFTA-Raum, wie viele aus sog. "Drittstaaten", wie viele aus dem Asylbereich (inkl. Status S) und wie viele Personen aus anderen Bereichen (beispielsweise illegale Einwanderer, sog. "Sans Papiers")?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

23.7317 Tuena. Verhalten der Schweiz bei der Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat zur Aufklärung der Sprengung der NordStream-Pipeline

Gemäss ihrer Charta sind die wichtigsten Aufgaben der UNO die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

- Ist die Sprengung der NordStream-Pipeline ein Verstoß gegen den Weltfrieden?
- Verstösst sie gegen Völkerrecht?
- Schadet sie der internationalen Zusammenarbeit?
- Warum stimmte die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat gegen den Antrag die Hintergründe des Anschlags durch Organe der UNO aufzuklären?

23.7327 Walder. Mandat für Verhandlungen mit der EU (1)

Laut Livia Leu konnten in den zehn Runden von Sondierungsgesprächen nicht die Eckwerte bestimmt werden, die auf Schweizer Seite bis Ende Juni für die Ausarbeitung eines neuen Verhandlungsmandats vorliegen sollten.

- Hat der Bundesrat darauf verzichtet, wie Brüssel offenbar erklärt hat, gemäss dem die Schweiz mehr Zeit bis Ende Oktober 2023 erbeten hat?
- Erscheint es dem Bundesrat in diesem Fall noch realistisch, die Verhandlungen mit der EU vor der Erneuerung der Kommission im Juni 2024 abzuschliessen?

23.7328 Walder. Mandat für Verhandlungen mit der EU (2)

Mit dem Ausstieg aus den Verhandlungen mit der EU am 26. Mai 2021 brach der Bundesrat einen Prozess ab, den er selbst noch wenige Monate zuvor als positiv bewertet hatte. Viele befürchteten, dass der Bundesrat das Dossier bis zu den eidgenössischen Wahlen 2023 verschleppen würde, was sich trotz der Unsicherheiten im Zusammenhang mit den Europawahlen zu bestätigen scheint.

Wie schätzt der Bundesrat das Risiko ein, dass die Kommission in ihrer neuen Zusammensetzung ab Juni 2024 die Verhandlungsbedingungen verschärfen will?

23.7352 Roth Franziska. Lösen sich die Fortschritte bei den Verhandlungen mit der EU in Luft auf?

An der Klausurtagung vom 29. März 2023 hat der Bundesrat das weitere Vorgehen im Hinblick auf ein Verhandlungsmandat mit der EU beschlossen.

Hält der Bundesrat trotz Wechsel von Staatssekretärin Leu als Botschafterin in Berlin an seinem Fahrplan fest und wird bis Ende Juni die Eckwerte eines Verhandlungsmandats mit der EU erarbeiten?

23.7329 Walder. Ueli Maurer und China

Der ehemalige Bundesrat Ueli Maurer traf sich im April 2023, knapp vier Monate nach seinem Rücktritt, in einem sehr offiziell wirkenden Rahmen mit dem chinesischen Botschafter in Bern. Das Treffen wurde von der chinesischen Botschaft sehr geschickt in den Medien verbreitet, wobei der Anschein erweckt wurde, dass es sich um den Besuch eines amtierenden Ministers handeln würde.

- Wusste der Bundesrat über dieses Treffen Bescheid?
- Und hat er gegenüber der chinesischen Botschaft oder Herrn Maurer seine Missbilligung über die Instrumentalisierung zum Ausdruck gebracht?

23.7330 Walder. Gaststaat - Postulat 21.3791

In seiner Antwort auf mein Postulat 21.3791, das mit 134 Ja-Stimmen angenommen wurde, hat der Bundesrat sich verpflichtet, im Rahmen der Gaststaatstrategie 2024-2027 zu den im Postulat aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen. Das Postulat beauftragt den Bundesrat, einen Bericht über die Vitalität des internationalen Netzwerks in der Schweiz und über die Möglichkeiten zur proaktiven Stärkung unserer Gaststaatspolitik betreffend die Zeit nach der Corona-Krise zu erarbeiten.

- Beabsichtigt der Bundesrat weiterhin, die Gaststaatstrategie für den Zeitraum 2024-2027 vorzulegen?
- Wenn nicht, in welcher Form gedenkt er, mein Postulat fristgerecht zu beantworten?

23.7340 Sollberger. Finanzierung der Ukrainehilfe aus dem laufenden IZA-Budget

Im Nachtragskredit Ib zum Voranschlag 2023 sind unter anderem 113 Millionen Franken für ein weiteres Hilfspaket für die Ukraine und die Republik Moldau vorgesehen. Angesichts der Schieflage der Bundesfinanzen stellt sich die Frage, weshalb der Bundesrat nicht andere Projekte der Internationalen Zusammenarbeit (IZA) zurückstellt und die gesamte Ukrainehilfe aus dem laufenden Budget finanziert?

23.7356 Maillard. Russische Delegation an der 110. Internationalen Arbeitskonferenz der ILO

Vom 5. bis am 16. Juni wird in Genf die 110. Internationale Arbeitskonferenz der ILO stattfinden (<https://www.ilo.org/ilc/ILCSessions/111/lang--en/index.htm>). Die ILO hat in Genf ihren Hauptsitz. Die Mitgliedsländer entsenden zu dieser Konferenz meist dreigliedrige Delegationen, die aus Vertreterinnen und Vertretern des Staates, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften bestehen. Russland hat in der Ukraine einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg begonnen und ist von der Schweiz und den Vereinten Nationen sowie von der ILO selbst (Governing Body) dafür verurteilt worden. Das Land hat beschlossen, zu dieser Konferenz eine Delegation zu entsenden, von der einige Mitglieder anscheinend an den illegalen Besetzungen Russlands in der Ukraine beteiligt waren.

Ich frage den Bundesrat, ob er von dieser Situation Kenntnis hat und ob dieser Delegation Visa für die Reise nach Genf gewährt werden.

Bundeskanzlei**23.7343 Pointet. Ist das Recht auf freie Meinungsäusserung ein Freipass, um Lügen zu verbreiten?**

Es ist normal, dass man bei einer Wahlkampagne seine Ideen vertritt, aber wenn Lügen verbreitet werden, rücken wir stark in die Nähe der Desinformation. Ist sich der Bundesrat dieses Problems bewusst und zieht er es in Betracht, solche Methoden zu bekämpfen?

Büro**23.7293 Bühler. Entscheid der Finanzdelegation zu den Bundesgarantien: Abstimmungsergebnis bekannt geben**

Am 19. März 2023 informierte die Finanzdelegation darüber, sie habe zwei dringlichen Verpflichtungskrediten zugestimmt, einmal in der Höhe von 100 Milliarden (Garantie gegenüber der Nationalbank für den Fall eines Ausfalls der Credit Suisse) und einmal in der Höhe von 9 Milliarden (Garantie gegenüber der UBS für den Fall von Verlusten). Wie sah in der Finanzdelegation das Abstimmungsergebnis in Bezug auf diese beiden Garantien aus?